

Ini5**Hannah Elten****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung im Gazastreifen ermöglichen: UNRWA weiter unterstützen; für Waffenstillstand eintreten**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder der Bundesregierung sowie die SPD-
3 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für folgen-
4 de Punkte einzusetzen: 1. Politische und fi-
5 nanzielle Unterstützung einer vollständigen,
6 unabhängigen und umfassenden Aufklärung
7 der Vorwürfe gegen Mitarbeiter der UNRWA
8 (United Nations Relief and Works Agency for
9 Palestinians in the Near East), sowie der Auf-
10 arbeitung möglichen Versagens der Struktu-
11 ren und Verantwortlichen. 2. Umsetzung von
12 Reformen der UNRWA auf Grundlage der Er-
13 gebnisse der unabhängigen Untersuchung -
14 hier sollte die Bundesregierung aktiv eine ge-
15 staltende Rolle gemeinsam mit anderen Ge-
16 berstaaten anstreben. 3. Weiterführung der
17 Finanzierung der UNRWA, zuvorderst ange-
18 sichts ihrer unersetzlichen Rolle bei der hu-
19 manitären Versorgung der Bevölkerung im
20 Gazastreifen. Für eine nachhaltige Finanzie-
21 rung der unverzichtbaren Arbeit der UNRWA
22 muss sich auf den möglichen langfristigen
23 Ausfall wichtiger bisheriger Geldgeber, wie
24 den USA, vorbereitet werden. 4. Klare Positio-
25 nierung gegen Forderungen nach einer Auflö-
26 sung des UNRWA und öffentliche Benennung
27 der Rufe nach einer Auflösung als fehlgelei-
28 tet, angesichts der Bedeutung von UNRWA
29 für den Schutz der Rechte der Palästina-
30 Flüchtlinge und der sozialen Sicherheit in
31 der Region. Reformen in der Ausführung des
32 UNRWA-Mandats sollten auf Grundlage un-
33 abhängiger Evaluierungen politisch nachvoll-
34 ziehbar auch in Deutschland diskutiert wer-
35 den. 5. Glaubwürdigkeit als Unterstützer*in-
36 nen eines funktionierenden multilateralen
37 Systems und starker Vereinter Nationen zu-
38 rückgewinnen, u.a. durch die Umsetzung der

39 obigen Punkte, sowie durch ein entschiede-
40 neres Eintreten für die Legitimität der multi-
41 lateralen humanitären Agenturen. Forderun-
42 gen nach Konditionierung und Politisierung
43 humanitärer Hilfe in Gaza, aber auch in ande-
44 ren Krisenkontexten, müssen durch alle Tei-
45 le der Bundesregierung als Untergrabung der
46 humanitären Prinzipien verurteilt und abge-
47 lehnt werden. 6. Entschlossener Einsatz der
48 Bundesregierung für einen sofortigen Waf-
49 fenstillstand im Gazastreifen, da aufgrund
50 des Ausmaßes der Zerstörung ziviler Infra-
51 struktur und aufgrund des persönlichen Risi-
52 kos für humanitäres und medizinisches Per-
53 sonal ohne eine Einstellung der Kampfhand-
54 lungen keine ausreichende humanitäre Ver-
55 sorgung der Bevölkerung möglich ist. 7. Ent-
56 schiedenes Eintreten für die umgehende Um-
57 setzung der auf Basis der Völkermordkonven-
58 tion durch den IGH erlassenen einstweiligen
59 Maßnahmen hinsichtlich der Prävention ei-
60 nes Genozids in Gaza, sowie Kommunikation
61 und Umsetzung politisch sanktionierender
62 Maßnahmen ggü. der israelischen Regierung
63 im Falle einer nicht-Umsetzung, da Deutsch-
64 land aufgrund der absoluten Wirkung (erga
65 omnes) der Konvention eine völkerrechtliche
66 Verpflichtung hat, deren Einhaltung sicherzu-
67 stellen.

68

69 **Begründung**

70 Die Vorwürfe gegen UNRWA und seine Mitar-
71 beitenden sind schwerwiegend. Sie bedürfen
72 einer umfassenden und vollständigen Auf-
73 klärung. Dies kann nur durch eine unabhän-
74 gige Untersuchung geschehen. Die Verein-
75 ten Nationen haben mit dem Einsetzen ei-
76 ner externen Untersuchungsgruppe bereits
77 entsprechende Schritte eingeleitet. Eine um-
78 fassende unabhängige Evaluierung der Ar-
79 beit der UNRWA über die letzten Jahre ist
80 zu begrüßen. Reformen von UNRWA müs-
81 sen auf Grundlage der Ergebnisse dieser Un-
82 tersuchungen umgesetzt werden. Die Bun-
83 desregierung sollte diesen Prozess politisch
84 und finanziell unterstützen. Die Arbeit der

85 UNRWA im Gazastreifen kann kurz- und
86 mittelfristig von keiner anderen Organisati-
87 on übernommen oder ersetzt werden, wie
88 das Inter-Agency Standing Committee (IASC),
89 das Koordinationsforum der Vereinten Natio-
90 nen für humanitäre Hilfe, deutlich gemacht
91 hat. Angesichts der Bedeutung von UNRWA
92 für die humanitäre Versorgung der Bevölke-
93 rung im Gazastreifen, würde das humanitä-
94 re System ohne das Hilfswerk zusammen-
95 brechen. Eine weitere finanzielle Unterstüt-
96 zung des UNRWA ist daher unerlässlich, um
97 grundlegendste Versorgung der Bevölkerung
98 im Gazastreifen leisten zu können. Der In-
99 ternationale Gerichtshof (IGH) hat Ende Ja-
100 nuar entschieden, dass Israel sofortige und
101 wirksame Maßnahmen ergreifen muss, um
102 die dringend benötigte Grundversorgung der
103 Palästinenser im Gazastreifen zu ermögli-
104 chen. Die humanitäre Situation hat sich seit-
105 her nicht verbessert. Auch Deutschland trägt
106 Verantwortung, die Umsetzung dieses Ur-
107 teils zu unterstützen. Die vom IGH gefor-
108 derte Bereitstellung von grundlegender Ver-
109 sorgung kann ohne den wichtigsten huma-
110 nitären Akteur vor Ort, dem UNRWA, nicht
111 geleistet werden. Für die ausreichende Be-
112 reitstellung humanitärer Hilfe im Gazastrei-
113 fen braucht es einen sofortigen Waffenstill-
114 stand, dies haben die internationale huma-
115 nitäre Gemeinschaft und der Generalsekre-
116 tär der Vereinten Nationen wiederholt deut-
117 lich gemacht. Die Bundesregierung sollte sich
118 diese Forderung zu eigen machen und ak-
119 tiv dafür einsetzen. Wir unterstützen in die-
120 sem Sinne ausdrücklich den offenen Brief ei-
121 nes transatlantischen Bündnisses von Parla-
122 mentarier*innen vom 18. Januar 2024, dar-
123 unter 20 Bundestagsabgeordnete der SPD-
124 Fraktion. Forderungen nach einer Auflösung
125 von UNRWA muss sich die SPD klar entge-
126 genstellen. UNRWA leistet neben der huma-
127 nitären Hilfe unverzichtbare Arbeit in den Be-
128 reichen Gesundheit, Bildung und sozialer Si-
129 cherheit im Gazastreifen, dem Westjordan-
130 land, Ost-Jerusalem, Jordanien, Libanon und

131 Syrien. Das Mandat von UNRWA, beschlos-
132 sen von der Generalversammlung der Verein-
133 ten Nationen, ist entscheidend für den Schutz
134 der Rechte der Palästina-Flüchtlinge. Diskus-
135 sionen um notwendige Reformen in der Aus-
136 führung dieses Mandats dürfen nicht verbun-
137 den sein mit Forderungen nach einer Auflö-
138 sung des Mandats an sich. Um die Glaubwür-
139 digkeit Deutschlands als Unterstützerin ei-
140 nes funktionierenden multilateralen Systems
141 und starker Vereinter Nationen zurückzuge-
142 winnen, ist diese klare Positionierung und
143 eine Weiterführung unverzichtbarer huma-
144 nitärer Unterstützung entscheidend. Unge-
145 rechtfertigten Diskreditierungen multilatera-
146 ler Organisationen muss entgegengetreten
147 werden, um die Legitimität der Vereinten Na-
148 tionen aufrechtzuerhalten. Angesichts einer
149 zunehmenden Fragmentierung der Staaten-
150 gemeinschaft, die sich mit dem Terrorangriff
151 der Hamas vom 7. Oktober und den darauffol-
152 genden Krieg verstärkt hat, ist die Sicherstel-
153 lung starker multilateraler Organe entschei-
154 dend für die Funktionalität der internationa-
155 len Ordnung.